

Herausgegeben im Auftrag der Rechtswissenschaftlichen Fakultät  
der Universität Zürich von T. Domej, A. Donatsch, U. Haas, I. Meier, F. Uhlmann

Simon Bangerter

# Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen im Wettbewerbsrecht

unter vergleichender  
Berücksichtigung der StPO

# Inhaltsübersicht

Vorwort.....	V
Inhaltsübersicht.....	VII
Inhaltsverzeichnis.....	XI
Abkürzungsverzeichnis .....	XXIII
Literaturverzeichnis.....	XXVII
Materialienverzeichnis.....	XLIII
<b>AUSGANGSLAGE UND EINLEITENDE BEMERKUNGEN.....</b>	<b>1</b>
<b>1. TEIL: ALLGEMEINES.....</b>	<b>5</b>
<b>1. Kapitel: Grundlagen .....</b>	<b>6</b>
§ 1    Zwangsmassnahmen .....	6
§ 2    Die Hausdurchsuchung.....	10
§ 3    Die Beschlagnahme .....	19
<b>2. Kapitel: Eingriff in die Freiheitsrechte .....</b>	<b>23</b>
§ 4    Einleitung.....	23
§ 5    Schutz der Privatsphäre .....	23
§ 6    Weitere betroffene Freiheitsrechte .....	30
§ 7    Zulässigkeit von Eingriffen in die Freiheitsrechte.....	31
<b>3. Kapitel: Integration der Zwangsmassnahmen ins Wettbewerbsrecht.....</b>	<b>34</b>
§ 8    Grundsätzliches zum Kartellverwaltungsverfahren .....	34
§ 9    Geschichtliche Entwicklung der Untersuchungsmassnahmen der Wettbewerbsbehörden .....	36
§ 10   Art. 42 Abs. 2 KG als Grundlage für Hausdurchsuchungen und Beweismittelbeschlagnahmen.....	39
§ 11   Die weiteren Untersuchungsmassnahmen der Wettbewerbsbehörden .....	47
<b>2. TEIL: VORAUSSETZUNGEN FÜR DIE ANORDNUNG VON HAUSDURCHSUCHUNGEN UND BESCHLAGNAHMEN .....</b>	<b>61</b>
<b>4. Kapitel: Materielle Voraussetzungen.....</b>	<b>62</b>
§ 12   Hinreichender Tatverdacht .....	62
§ 13   Wahrscheinlichkeit der Auffindung von Beweismitteln.....	69
§ 14   Verhältnismässigkeit.....	71
<b>5. Kapitel: Formelle Voraussetzungen .....</b>	<b>80</b>
§ 15   Hausdurchsuchungsbefehl .....	80
§ 16   Spezialfall: Gefahr im Verzug .....	101
§ 17   Kartellrechtliches Verfahren.....	111

§ 18	Spezialfall: Hausdurchsuchung als Ersatzvornahme für andere Untersuchungsmassnahmen.....	115
§ 19	Heilung eines fehlerhaften Hausdurchsuchungs- und Beschlagnahmebefehls .....	119
<b>Anhang zum 4. und 5. Kapitel: Tafel zu den Voraussetzungen für Hausdurchsuchungen .....</b>		<b>122</b>
<b>3. TEIL: DIE DURCHFÜHRUNG DER ZWANGSMASSNAHMEN .....</b>		<b>123</b>
<b>6. Kapitel: Zuständigkeit und beteiligte Akteure.....</b>		<b>124</b>
§ 20	Zuständigkeit des Sekretariats der Weko als Untersuchungsbehörde .....	124
§ 21	An den Zwangsmassnahmen beteiligte Akteure.....	124
<b>7. Kapitel: Der Umfang der Hausdurchsuchung .....</b>		<b>139</b>
§ 22	Durchsuchung von Räumen.....	139
§ 23	Durchsuchung von Papieren .....	140
§ 24	Duldungspflicht .....	160
<b>8. Kapitel: Die Durchführung der Hausdurchsuchung .....</b>		<b>168</b>
§ 25	Zeitpunkt und Dauer der Hausdurchsuchung .....	168
§ 26	Beginn der Hausdurchsuchung .....	170
§ 27	Anwesenheit dritter Personen .....	183
§ 28	Stellung des Betroffenen.....	196
§ 29	Die Durchsuchung von Papieren .....	200
§ 30	Zufallsfunde.....	215
§ 31	Durchsuchungsprotokoll.....	224
§ 32	Ende der Durchsuchung.....	226
<b>9. Kapitel: Die Durchführung der Beschlagnahme.....</b>		<b>229</b>
§ 33	Rahmenbedingungen für die Beschlagnahme.....	229
§ 34	Voraussetzungen für die Durchführung der Beschlagnahme .....	235
§ 35	Verfahren der Durchführung der Beschlagnahme .....	245
§ 36	Ende der Beschlagnahme.....	259
<b>10. Kapitel: Durchsuchung und Beschlagnahme von elektronisch gespeicherten Daten .....</b>		<b>262</b>
§ 37	Grundlagen .....	262
§ 38	Die Sicherstellung der Daten vor Ort .....	272
§ 39	Die Durchsuchung der Daten.....	285
<b>4. TEIL: RECHTSMITTELVERFAHREN .....</b>		<b>295</b>
<b>11. Kapitel: Entsiegelungsverfahren .....</b>		<b>296</b>
§ 40	Das Entsiegelungsverfahren durch das Bundesstrafgericht .....	296
§ 41	Weiterzug an das Bundesgericht .....	304
<b>12. Kapitel: Beschwerdeverfahren .....</b>		<b>307</b>
§ 42	Beschwerdeinstanz .....	307
§ 43	Beschwerdevoraussetzungen .....	308
§ 44	Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht .....	314
§ 45	Weiterzug an das Bundesgericht .....	316

<b>Anhang zum 11. und 12. Kapitel: Tafeln zu den Rechtsmitteln .....</b>	<b>321</b>
<b>5. TEIL: AUSBLICK.....</b>	<b>323</b>
<b>13. Kapitel: Das Revisionsvorhaben 2012.....</b>	<b>324</b>
§ 46    Überblick über das Revisionsvorhaben 2012 .....	324
§ 47    Änderungen mit Auswirkungen auf die kartellrechtlichen Zwangsmassnahmen.....	332
<b>Stichwortverzeichnis.....</b>	<b>337</b>

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	V
Inhaltsübersicht.....	VII
Inhaltsverzeichnis.....	XI
Abkürzungsverzeichnis .....	XXIII
Literaturverzeichnis.....	XXVII
Materialienverzeichnis.....	XLIII
<b>AUSGANGSLAGE UND EINLEITENDE BEMERKUNGEN.....</b>	<b>1</b>
<b>1. TEIL: ALLGEMEINES.....</b>	<b>5</b>
<b>1. Kapitel: Grundlagen .....</b>	<b>6</b>
§ 1 Zwangsmassnahmen .....	6
I. Vorbemerkung .....	6
II. Begriff .....	6
III. Übersicht Zwangsmassnahmen .....	7
1. Kategorien .....	7
2. Freiheitsentziehende Massnahmen .....	7
3. Geheime Überwachungsmassnahmen .....	8
a) Im Allgemeinen .....	8
b) Die „Online-Durchsuchung“ .....	9
§ 2 Die Hausdurchsuchung .....	10
I. Historische Entwicklung und Bedeutung der Hausdurchsuchung .....	10
1. Hausdurchsuchungen im römischen Recht .....	10
2. Hausdurchsuchungen im germanischen Recht .....	11
II. Begriff der Hausdurchsuchung .....	13
III. Abgrenzung von anderen Zwangsmassnahmen der Durch- oder Untersuchung .....	14
1. Übersicht .....	14
2. Durchsuchungen .....	15
a) Sach- oder Effektdurchsuchung .....	15
b) Papierdurchsuchung bzw. Durchsuchung von Aufzeichnungen .....	15
c) Personendurchsuchung .....	17
3. Untersuchungen und weitere verwandte Zwangsmassnahmen .....	17
a) Untersuchungen .....	17
b) Weitere verwandte Zwangsmassnahmen .....	18
c) Verhältnis zur Hausdurchsuchung .....	18
§ 3 Die Beschlagnahme .....	19
I. Begriff der Beschlagnahme .....	19
II. Arten der Beschlagnahme .....	19
1. Übersicht .....	19
2. Die einzelnen Beschlagnahmearten .....	20
a) Beschlagnahme zur Kostendeckung .....	20

	b) Die Beweismittelbeschlagnahme.....	21
	c) Die Einziehungsbeschlagnahme .....	21
	d) Restitutionsbeschlagnahme.....	21
III.	Verhältnis zwischen Beschlagnahme und Durchsuchung.....	22
<b>2. Kapitel:</b>	<b>Eingriff in die Freiheitsrechte .....</b>	<b>23</b>
§ 4	Einleitung.....	23
§ 5	Schutz der Privatsphäre .....	23
I.	Einleitung.....	23
	1. Art. 8 EMRK.....	23
	2. Art. 13 BV.....	24
II.	Schutz der Wohnung.....	24
	1. Recht auf Achtung der Wohnung (Art. 8 EMRK) .....	24
	2. Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 Abs. 1 BV).....	25
	3. Hausdurchsuchungen als Eingriffe in den Schutz der Wohnung .....	26
III.	Schutz des Kommunikationsvorgangs .....	27
	1. Das Recht auf Achtung des Briefverkehrs (Art. 8 EMRK).....	27
	2. Post- und Fernmeldegeheimnis (Art. 13 BV).....	27
	3. Verhältnis von Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen zu Eingriffen in den geschützten Kommunikationsvorgang .....	28
IV.	Anspruch auf informationelle Selbstbestimmung (Daten- und Geheimnisschutz, Art. 13 Abs. 2 BV und 8 EMRK) .....	29
§ 6	Weitere betroffene Freiheitsrechte .....	30
I.	Schutz der Wirtschaftsfreiheit.....	30
II.	Eigentumsgarantie.....	30
§ 7	Zulässigkeit von Eingriffen in die Freiheitsrechte.....	31
I.	Voraussetzungen im schweizerischen Recht.....	31
II.	Voraussetzungen in der EMRK .....	32
<b>3. Kapitel:</b>	<b>Integration der Zwangsmassnahmen ins Wettbewerbsrecht.....</b>	<b>34</b>
§ 8	Grundsätzliches zum Kartellverwaltungsverfahren.....	34
I.	Gesetzliche Rahmenbedingungen .....	34
II.	Die Wettbewerbsbehörden.....	34
III.	Die Verfahren zur Beurteilung von Wettbewerbsbeschränkungen.....	35
§ 9	Geschichtliche Entwicklung der Untersuchungsmassnahmen der Wettbewerbsbehörden .....	36
I.	KG 62.....	36
II.	KG 85.....	37
III.	KG 95.....	37
IV.	Die KG-Revision 03.....	38
§ 10	Art. 42 Abs. 2 KG als Grundlage für Hausdurchsuchungen und Beweismittelbeschlagnahmen.....	39
I.	Genügende gesetzliche Grundlage.....	39
II.	Inhalt von Art. 42 Abs. 2 KG.....	42
	1. Zulässige Arten von Zwangsmassnahmen .....	43
	2. „Sinngemässe“ Anwendung der Art. 45–50 VStrR.....	45
	a) Art. 45 VStrR.....	45
	b) Art. 46 VStrR.....	45
	c) Art. 47 VStrR.....	46
	d) Art. 48 VStrR.....	46
	e) Art. 49 VStrR.....	46
	f) Art. 50 VStrR.....	47

§ 11	Die weiteren Untersuchungsmassnahmen der Wettbewerbsbehörden .....	47
I.	Übersicht über die Untersuchungsmassnahmen.....	47
II.	Die einzelnen Untersuchungsmassnahmen .....	48
1.	Auskunfts- und Editionspflicht.....	48
a)	Wesentlicher Inhalt und Bedeutung.....	48
b)	Verhältnis zu Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen .....	50
2.	Partei- und Zeugenbefragung .....	50
a)	Wesentlicher Inhalt und Bedeutung.....	50
b)	Verhältnis zu Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen .....	51
3.	Amtshilfe.....	53
a)	Wesentlicher Inhalt und Bedeutung.....	53
b)	Verhältnis zu Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen .....	53
4.	Die weiteren Instrumente .....	54
a)	Wesentlicher Inhalt und Bedeutung.....	54
b)	Verhältnis zu Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen .....	54
5.	Die Bonusregelung .....	55
a)	Wesentlicher Inhalt und Bedeutung.....	55
b)	Verhältnis zu Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen .....	57

**2. TEIL: VORAUSSETZUNGEN FÜR DIE ANORDNUNG VON HAUSDURCHSUCHUNGEN UND BESCHLAGNAHMEN ..... 61**

<b>4. Kapitel: Materielle Voraussetzungen .....</b>	<b>62</b>	
§ 12	Hinreichender Tatverdacht .....	62
I.	Allgemeines .....	62
II.	Begriff.....	62
III.	Merkmale des hinreichenden Tatverdachts.....	63
1.	Elemente des hinreichenden Tatverdachts .....	63
2.	Anforderungen an den hinreichenden Tatverdacht .....	63
3.	Subjekt des hinreichenden Tatverdachts .....	65
IV.	Abgrenzung vom dringenden Tatverdacht.....	65
V.	Das Verhältnis zwischen hinreichendem Tatverdacht und Verfahrenseröffnung .....	66
1.	Fragestellung .....	66
2.	Hinreichender Tatverdacht versus Anfangsverdacht zur Eröffnung einer Vorabklärung .....	66
3.	Hinreichender Tatverdacht versus Anhaltspunkte für eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung.....	67
4.	Ergebnis.....	69
§ 13	Wahrscheinlichkeit der Auffindung von Beweismitteln.....	69
I.	Allgemeines .....	69
II.	Die Durchsuchung der Räumlichkeiten eines beteiligten Unternehmens .....	70
III.	Die Durchsuchung der Räumlichkeiten eines Dritten.....	70
IV.	Die Durchsuchung der privaten Domizile von Unternehmensvertretern .....	71
§ 14	Verhältnismässigkeit.....	71
I.	Allgemeines .....	71
II.	Eignung .....	72
III.	Erforderlichkeit .....	73
IV.	Verhältnismässigkeit im engeren Sinn.....	74
1.	Allgemeines.....	74

2.	Grundsatz der Zumutbarkeit von Hausdurchsuchungen bei direkt sanktionierbaren Wettbewerbsbeschränkungen .....	75
3.	Art der Wettbewerbsbeschränkung als entscheidendes Kriterium .....	76
4.	Einfluss der Wirkung einer Wettbewerbsbeschränkung .....	76
5.	Weitere Kriterien .....	77
<b>5. Kapitel:</b>	<b>Formelle Voraussetzungen .....</b>	<b>80</b>
§ 15	Hausdurchsuchungsbefehl .....	80
I.	Zuständigkeit .....	80
1.	Antrag und Anordnung .....	80
2.	EMRK-Konformität .....	81
II.	Form des Hausdurchsuchungsbefehls .....	85
III.	Inhalt des Hausdurchsuchungsbefehls .....	86
1.	Funktionen des Inhalts des Hausdurchsuchungsbefehls .....	86
2.	Der Inhalt im Einzelnen .....	87
a)	Grund der Hausdurchsuchung .....	87
b)	Zweck der Durchsuchung .....	90
c)	Durchsuchungsobjekte (Räumlichkeiten, Gegenstände, Aufzeichnungen) .....	93
d)	Zeitpunkt und Dauer .....	97
e)	Zur Durchsuchung befugte Behörden oder Personen .....	97
f)	Rechtsmittelbelehrung .....	98
IV.	Muster Hausdurchsuchungsbefehl .....	99
§ 16	Spezialfall: Gefahr im Verzug .....	101
I.	Voraussetzungen für den Verzicht auf einen Hausdurchsuchungsbefehl .....	101
II.	Gefahr .....	101
1.	Gefahr-Kategorien .....	101
2.	Kollusionsgefahr .....	102
a)	Begriff .....	102
b)	Kollusionsgefahr im Haftrecht .....	102
c)	Kollusionsgefahr bei kartellrechtlichen Hausdurchsuchungen .....	103
III.	„im Verzug“ .....	104
1.	Zeitliche Dringlichkeit .....	104
2.	Zeitliche Dringlichkeit im Kartellrecht .....	105
IV.	Anordnung und Begründungspflicht .....	107
1.	Anordnung .....	107
a)	Form .....	107
b)	Zuständigkeit .....	107
2.	Begründungs- und Dokumentationspflicht .....	107
V.	Rechtsstaatliche Bedenken und Gegenmassnahmen .....	108
1.	Rechtsstaatliche Bedenken .....	108
2.	Vorschläge für Massnahmen zur Verminderung der rechtsstaatlichen Bedenken .....	109
VI.	Überprüfung der Gefahr im Verzug durch die Rechtsmittelinstanzen .....	110
§ 17	Kartellrechtliches Verfahren .....	111
I.	Marktbeobachtung .....	111
II.	Vorabklärung .....	112
III.	Untersuchung .....	114
IV.	Fazit .....	115
§ 18	Spezialfall: Hausdurchsuchung als Ersatzvornahme für andere Untersuchungsmassnahmen .....	115
I.	Herausgabepflicht und Hausdurchsuchung im Strafprozess .....	115

II.	Hausdurchsuchungen als Ersatzvornahme für andere Untersuchungsmassnahmen im Kartellgesetz.....	116
1.	Bei Vorliegen eines hinreichenden Tatverdachts .....	116
2.	Bei Vorliegen eines Anfangsverdachts .....	117
§ 19	Heilung eines fehlerhaften Hausdurchsuchungs- und Beschlagnahmebefehls... ..	119
I.	Heilung durch korrekte nachträgliche Anordnung?.....	119
II.	Heilung im Rechtsmittelverfahren? .....	119

**Anhang zum 4. und 5. Kapitel: Tafel zu den Voraussetzungen für  
Hausdurchsuchungen ..... 122**

**3. TEIL: DIE DURCHFÜHRUNG DER ZWANGSMASSNAHMEN ..... 123**

**6. Kapitel: Zuständigkeit und beteiligte Akteure..... 124**

§ 20	Zuständigkeit des Sekretariats der Weko als Untersuchungsbehörde .....	124
§ 21	An den Zwangsmassnahmen beteiligte Akteure.....	124
I.	Übersicht .....	124
II.	Personal des Sekretariates.....	124
1.	Allgemeines.....	124
2.	Besondere Ausbildung bezüglich Zwangsmassnahmen.....	125
3.	Aufgaben im Zusammenhang mit Zwangsmassnahmen .....	126
a)	Aufgaben vor der Durchführung der Zwangsmassnahmen .....	126
b)	Aufgaben während der Durchführung der Zwangsmassnahmen .....	126
c)	Aufgaben nach der Durchführung von Zwangsmassnahmen .....	127
III.	Polizisten.....	127
1.	Die Polizei .....	127
2.	Art. 41 KG als Rechtsgrundlage für den Beizug von Polizisten .....	128
3.	Für die Polizisten massgebliches Recht .....	128
a)	Anwendung von unmittelbarem Zwang .....	128
b)	Gewährleistung der Sicherheit des Durchsuchungsteams .....	129
c)	Überwachung der zu durchsuchenden Räume sowie der gefundenen Beweismittel und andere unterstützende Tätigkeiten.....	130
4.	Merkmale der Amtshilfe .....	130
5.	Aufgaben der Polizei bei kartellrechtlichen Zwangsmassnahmen .....	131
IV.	IT-Spezialisten .....	132
1.	Allgemeines.....	132
2.	IT-Spezialisten von anderen Behörden .....	132
3.	IT-Spezialisten von privaten Unternehmen.....	133
a)	Rechtsgrundlage für den Beizug privater Experten.....	133
b)	Amtsgeheimnis .....	135
c)	Ausstand .....	135
d)	Transparenz .....	136
e)	Sorgfaltpflichten.....	137
4.	Aufgaben der IT-Spezialisten bei kartellrechtlichen Zwangsmassnahmen .....	137
V.	Grafische Übersicht der beteiligten Akteure und ihrer Aufgaben bei kartellrechtlichen Zwangsmassnahmen .....	138

**7. Kapitel: Der Umfang der Hausdurchsuchung ..... 139**

§ 22	Durchsuchung von Räumen.....	139
§ 23	Durchsuchung von Papieren.....	140
I.	Grundsätzlicher Umfang .....	140

II.	Wahrung von Amts- und Berufsgeheimnissen im Allgemeinen.....	141
III.	Das Anwaltsgeheimnis im Besonderen.....	142
	1. Ausgangslage.....	142
	2. Gesetzliche Regelung.....	143
	3. Abkehr vom Gewahrsamskriterium .....	143
	a) Bedeutung des Gewahrsamskriteriums bis zum 1. Mai 2013.....	143
	b) Geltende Bedeutung des Gewahrsamskriteriums .....	144
	4. Anwaltlicher Verkehr.....	145
	a) Berufsspezifisches Mandat.....	145
	b) Kategorien geschützter Unterlagen und Gegenstände.....	147
	5. Geheimnischarakter.....	148
	6. Ausnahmen.....	149
	7. Begriff des „Anwalts“.....	150
	8. Unternehmensjuristen.....	151
	a) Ausgangslage.....	151
	b) Lehre.....	151
	c) Rechtsprechung .....	152
	d) Unternehmensjuristengesetz.....	153
	e) Schutz des Legal Privilege in Europa .....	156
	f) Stellungnahme .....	158
§ 24	Duldungspflicht.....	160
I.	Umfang.....	160
II.	Durchsetzung; Zwangsanwendung .....	161
III.	Verletzung der Duldungspflicht.....	163
	1. Hinderung einer Amtshandlung (Art. 286 StGB).....	163
	2. Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte (Art. 285 StGB) .....	164
	3. Begünstigung (Art. 305 StGB).....	165
	4. Urkundenunterdrückung (Art. 254 StGB).....	166
	5. Kartellrechtliche Folgen einer Verletzung der Duldungspflicht .....	167
<b>8. Kapitel: Die Durchführung der Hausdurchsuchung</b>	<b>.....</b>	<b>168</b>
§ 25	Zeitpunkt und Dauer der Hausdurchsuchung .....	168
§ 26	Beginn der Hausdurchsuchung .....	170
I.	Eintritt.....	170
II.	Ausweis- und Informationspflicht.....	170
	1. Inhaber der Räume als Adressat.....	170
	2. Ausweispflicht.....	171
	3. Informationspflicht bezüglich dem Grund der Durchsuchung.....	172
	a) Zeitpunkt der Information.....	172
	b) Inhalt und Form der Information .....	173
	c) Praxis des Sekretariats.....	174
	4. Vertretung des abwesenden Inhabers der Räume.....	175
III.	Festlegung des Verlaufs der Hausdurchsuchung .....	176
IV.	Fotos.....	176
V.	Versiegelung von Räumen .....	178
	1. Vorgehen .....	178
	2. Gesetzliche Grundlage .....	179
	3. Siegelbruch.....	179
VI.	Telefonsperrung und Stubenarrest.....	180
§ 27	Anwesenheit dritter Personen.....	183
I.	Amtsperson .....	183
	1. Rechtsgrundlage.....	183
	2. Aufgabe und Bedeutung.....	183

	3.	Bestimmung der Amtsperson .....	184
	4.	Verzicht auf die Amtsperson .....	185
	5.	Fehlen der Amtsperson.....	186
	6.	Entschädigung der Amtsperson.....	186
	7.	Keine Amtsperson in der eidg. StPO.....	187
II.		Rechtsvertreter .....	187
	1.	Rechtsgrundlage .....	187
	2.	Wartezeit auf den Rechtsvertreter .....	188
	a)	Position des Sekretariates .....	189
	b)	Kein Rechtsanspruch auf eine Wartezeit.....	189
	c)	Wartezeit im Strafprozessrecht.....	189
	d)	Wartezeit im EU-Recht.....	190
	e)	Bestehen sachliche Gründe für eine Wartezeit? .....	190
	f)	Sachliche Gründe gegen eine Wartezeit .....	192
	g)	Ergebnis .....	193
	3.	Aufgaben und Bedeutung des Rechtsvertreters.....	193
	a)	Grundsätzliche Aufgabe .....	193
	b)	Der Rechtsvertreter als Ansprechpartner des Sekretariates .....	194
	c)	Bedeutung der Anwesenheit des Rechtsvertreters.....	195
§ 28		Stellung des Betroffenen.....	196
I.		Teilnahmerecht.....	196
II.		Verhältnismässigkeitsprinzip .....	197
III.		Kooperation mit der Behörde.....	198
§ 29		Die Durchsuchung von Papieren .....	200
I.		Äusserungsrecht des Inhabers der Papiere.....	200
	1.	Grundlagen .....	200
	2.	Träger des Äusserungsrechts .....	200
	3.	Funktion des Äusserungsrechts .....	201
	4.	Form der Äusserung .....	201
II.		Schonung der Privatgeheimnisse .....	202
III.		Versiegelung .....	203
	1.	Bedeutung.....	203
	2.	Einsprache .....	204
	a)	Aufklärungspflicht der Behörde .....	204
	b)	Träger.....	205
	c)	Zeitpunkt.....	209
	d)	Form.....	210
	3.	Grobsichtung .....	211
	a)	Zulässigkeit.....	211
	b)	Kritik in der Lehre .....	211
	c)	Stellungnahme .....	212
	d)	Folgen der Grobsichtung .....	213
	4.	Siegelung.....	214
§ 30		Zufallsfunde.....	215
I.		Definition .....	215
II.		Abgrenzungen .....	215
	1.	Durch den Tatverdacht gedeckte Feststellungen.....	216
	2.	Nicht kartellrechtsrelevante Rechtsverstösse .....	217
	a)	Amtsgeheimnis gemäss Art. 320 StGB .....	217
	b)	Besondere Geheimhaltungspflicht gemäss Art. 25 Abs. 2 KG.....	218
	c)	Anzeigepflichten gemäss Art. 22a Abs. 1 BPG und Art. 19 Abs. 2 VStrR .....	219
	d)	Fazit .....	220

III.	Verwertbarkeit .....	221
§ 31	Durchsuchungsprotokoll.....	224
I.	Protokollierungspflicht.....	224
II.	Zweck der Protokolls .....	224
III.	Inhalt des Durchsuchungsprotokolls .....	225
§ 32	Ende der Durchsuchung.....	226
I.	Zweckerreichung.....	226
II.	Ausdrückliche Beendigung .....	227
III.	Wiederverwendung des Hausdurchsuchungsbefehls? .....	227

**9. Kapitel: Die Durchführung der Beschlagnahme..... 229**

§ 33	Rahmenbedingungen für die Beschlagnahme.....	229
I.	Übersicht .....	229
II.	Beschlagnahme im Rahmen der Hausdurchsuchung als Regelfall .....	229
1.	Die gemeinsame Anordnung von Hausdurchsuchung und Beschlagnahme als Regelfall .....	229
2.	Rekapitulation der Voraussetzungen für die Anordnung der Beschlagnahme im Rahmen der Hausdurchsuchung .....	230
a)	Hinreichender Tatverdacht .....	230
b)	Wahrscheinlichkeit der Auffindung von Beweismitteln.....	230
c)	Verhältnismässigkeit.....	230
d)	Beschlagnahmebefehl.....	231
III.	Spezialfall: Beschlagnahme ausserhalb einer Hausdurchsuchung.....	232
1.	Zulässigkeit von Beschlagnahmen ausserhalb einer Hausdurchsuchung.....	232
2.	Voraussetzungen für die Anordnung von Beschlagnahmen ausserhalb von Hausdurchsuchungen.....	232
3.	Herausgabe als Mittel zur Beschlagnahme.....	233
a)	Herausgabe im Strafprozess .....	233
b)	Herausgabe im Kartellrecht auf der Grundlage von Art. 40 KG .....	233
4.	Direkte Beschlagnahmeverfügung .....	235
§ 34	Voraussetzungen für die Durchführung der Beschlagnahme .....	235
I.	Potenzielle Beweiseignung .....	235
1.	Definition .....	235
2.	Umfang.....	236
3.	Der „Panalpina-Fall“ als Praxisbeispiel .....	237
a)	Erwägungen des Bundesstrafgerichts .....	238
b)	Erwägungen des Bundesgerichts .....	238
c)	Würdigung der Erwägungen des Bundesgerichts und des Bundesstrafgerichts.....	239
II.	Kein Beschlagnahmeverbot .....	240
1.	Regelung im VStrR.....	240
2.	Regelung in der StPO .....	241
3.	Auswirkungen der Regelung in der StPO auf das VStrR .....	241
a)	Personenkreis .....	241
b)	Schutzzumfang.....	244
§ 35	Verfahren der Durchführung der Beschlagnahme .....	245
I.	Einleitung .....	245
II.	Beschlagnahmeobjekt .....	245
1.	Ausgangslage.....	245
2.	Stellungnahme .....	246
a)	Grammatikalische Auslegung.....	246
b)	Historische Auslegung.....	247

	c) Systematische Auslegung .....	247
	d) Teleologische Auslegung.....	247
	e) Fazit .....	248
	3. Konsequenzen .....	249
III.	Überführung in staatliche Hoheit.....	250
	1. Wegnahme des körperlichen Gegenstandes .....	250
	2. Erstellung einer Kopie.....	250
	3. Verfügungssperre .....	250
	4. Durchsetzung.....	251
	a) Zwangsanwendung .....	251
	b) Bruch amtlicher Beschlagnahme (Art. 289 StPO).....	251
IV.	Verhältnismässigkeit.....	252
	1. Umfang der beschlagnahmten Gegenstände .....	252
	2. Erstellung von Kopien.....	253
	a) Bisherige Praxis.....	253
	b) Kritik der Lehre .....	253
	c) Regelung in der StPO .....	253
	d) Schlussfolgerungen.....	254
V.	Beschlagnahmeprotokoll.....	255
	1. Protokollierungspflicht.....	255
	2. Anforderungen an das Verzeichnis .....	256
	3. Durchsuchungs- und Beschlagnahmungsprotokoll des Sekretariates .....	257
	4. Formalien .....	257
VI.	Verwahrung.....	258
§ 36	Ende der Beschlagnahme.....	259
I.	Zweckerreichung.....	259
II.	Vorzeitige Freigabe.....	259
III.	Freigabe mit dem Endentscheid.....	260
IV.	Keine Freigabe von Kopien .....	261

## 10. Kapitel: Durchsuchung und Beschlagnahme von elektronisch

	gespeicherten Daten .....	262
§ 37	Grundlagen .....	262
I.	Einleitung.....	262
	a) Bedeutung elektronisch gespeicherter Daten.....	262
	b) Anwendbare Regeln.....	262
II.	Computerforensik.....	263
	a) Forensik .....	263
	b) Klassische (analoge) und digitale Forensik .....	264
	c) Grenzen des Begriffs der Computerforensik .....	264
	d) Grundprinzipien der Computerforensik.....	265
	e) Fragestellungen der Computerforensik.....	266
III.	Begriffe .....	267
	1. Bits und Bytes .....	267
	2. Datenträger .....	267
	3. Betriebssystem, Dateisystem und Dateien .....	268
	4. Forensische Kopie, logische Kopie und Hashing .....	270
IV.	Daten und Datenträger als Beschlagnahmeobjekt.....	271
§ 38	Die Sicherstellung der Daten vor Ort .....	272
I.	Keine Durchsuchung vor Ort .....	272
II.	Durchführung der Sicherstellung .....	274
	1. Zugriff auf die EDV-Anlage und Datenträger.....	274

	a)	Zugriff auf die EDV-Anlage.....	274
	b)	Zugriff auf weitere Datenträger.....	276
2.		Sicherstellung der elektronischen Daten durch Beschlagnahme der Originaldatenträger.....	276
3.		Sicherstellung der elektronischen Daten durch die Erstellung von Duplikaten.....	277
III.		Dokumentation.....	279
IV.		Einsprache und Versiegelung.....	279
V.		Spezialprobleme bei der Sicherstellung.....	280
	1.	Externe Datenträger.....	280
	2.	Fermeldegeheimnis bei E-Mails.....	282
	a)	Ausgangslage.....	282
	b)	Abgrenzung des Kommunikationsvorgangs.....	282
§ 39		Die Durchsuchung der Daten.....	285
I.		Durchsuchung bei der Behörde.....	285
	1.	Ort der Durchsuchung.....	285
	2.	Art der Durchsuchung.....	285
	3.	Durchsuchung durch das Personal des Sekretariates.....	286
	4.	Aufbereitung der Daten.....	286
	5.	Analyse der Daten.....	287
	a)	Stichwortsuche.....	287
	b)	Weitere Suchmethoden.....	287
	6.	Festhalten der gefundenen potenziellen Beweismittel.....	288
	7.	Dokumentation.....	288
II.		Anwesenheitsrecht.....	289
III.		Gewährleistung der Berufsgeheimnisse.....	290
	1.	Einleitung.....	290
	2.	Ausscheidung <i>ad hoc</i> .....	290
	3.	Ausscheidung durch Vorträge der Berufsgeheimnisse.....	291
	4.	Entsiegelungsverfahren nach Ausscheidung durch das Sekretariat.....	292
	a)	Ausgangslage.....	292
	b)	Frist für das Entsiegelungsgesuch.....	292
	c)	Notwendigkeit einer Einsprache vor Ort?.....	293
IV.		Aufbewahrung der Daten.....	293
<b>4. TEIL: RECHTSMITTELVERFAHREN.....</b>			<b>295</b>
<b>11. Kapitel: Entsiegelungsverfahren.....</b>			<b>296</b>
§ 40		Das Entsiegelungsverfahren durch das Bundesstrafgericht.....	296
I.		Zuständigkeit des Bundesstrafgerichts.....	296
II.		Entsiegelungsbegehren.....	297
	1.	Zuständigkeit.....	297
	2.	Frist.....	297
	3.	Inhalt.....	298
III.		Verfahren vor Bundesstrafgericht.....	299
IV.		Überprüfung durch das Bundesstrafgericht.....	301
	1.	Zweistufige Prüfung.....	301
	a)	Grundsatz.....	301
	b)	Erster Schritt: Zulässigkeit der Hausdurchsuchung.....	301
	c)	Zweiter Schritt: Voraussetzungen für eine Entsiegelung.....	301
	2.	Triageverfahren des Bundesstrafgerichts.....	302
	a)	Prüfung der Untersuchungsrelevanz.....	302

	b)	Prüfung des Vorliegens von Berufsgeheimnissen .....	303
	c)	Spezialfall: allfällige Anonymisierung bei der Entsiegelung von Papieren und Datenträgern aus einer Anwaltskanzlei .....	304
	d)	Entsiegelungsentscheid.....	304
§ 41		Weiterzug an das Bundesgericht .....	304
	I.	Beschwerde in Strafsachen .....	304
	II.	Beschwerdelegitimation .....	305
	III.	Modalitäten .....	305
		1. Aufschiebende Wirkung.....	305
		2. Frist, Form und Inhalt.....	305
	IV.	Beschwerdegründe.....	306
<b>12. Kapitel: Beschwerdeverfahren .....</b>			<b>307</b>
§ 42		Beschwerdeinstanz .....	307
	I.	Entstehungsgeschichte .....	307
	II.	Zuständigkeit des Bundesverwaltungsgerichts .....	307
§ 43		Beschwerdevoraussetzungen .....	308
	I.	Beschwerdelegitimation.....	308
		1. Aktuelles Rechtsschutzinteresse.....	308
		a) Verhältnis zur Einsprache.....	308
		b) Aktuelles Rechtsschutzinteresse bezüglich Hausdurchsuchung und Beschlagnahme .....	309
		2. Beschwerdeberechtigte Personen .....	310
	II.	Modalitäten .....	311
		1. Aufschiebende Wirkung.....	311
		2. Frist.....	311
		a) Ordentliche Frist.....	311
		b) Frist bei Nichteröffnung .....	312
		c) Neue Frist aufgrund veränderter Verhältnisse? .....	313
		3. Form und Inhalt .....	313
	III.	Beschwerdegründe.....	314
§ 44		Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht .....	314
	I.	Kognition .....	314
	II.	Einzelne Verfahrensfragen.....	315
	III.	Beschwerdeentscheid .....	315
§ 45		Weiterzug an das Bundesgericht .....	316
	I.	Beschwerde in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten .....	316
	II.	Beschwerdevoraussetzungen.....	316
		1. Beschwerdelegitimation.....	316
		a) Allgemeines Beschwerderecht.....	316
		b) Besondere Beschwerderechte .....	317
	III.	Modalitäten .....	318
		1. Frist.....	318
		2. Form und Inhalt.....	318
		3. Aufschiebende Wirkung.....	318
	IV.	Beschwerdegründe.....	319
<b>Anhang zum 11. und 12. Kapitel: Tafeln zu den Rechtsmitteln .....</b>			<b>321</b>

<b>5. TEIL: AUSBLICK .....</b>	<b>323</b>
<b>13. Kapitel: Das Revisionsvorhaben 2012.....</b>	<b>324</b>
§ 46 Überblick über das Revisionsvorhaben 2012 .....	324
I. Entstehungsgeschichte .....	324
1. Evaluation des Kartellgesetzes.....	324
a) Gesetzlicher Evaluationsauftrag .....	324
b) Die Durchführung der Evaluation .....	324
c) Die Ergebnisse der Evaluation im Allgemeinen.....	324
d) Die Ergebnisse der Evaluation bezüglich Hausdurchsuchungen.....	325
2. Motion Schweiger (07.3856).....	326
3. Frankenstärke .....	327
a) Ausgangslage.....	327
b) Anpassung von Art. 5 KG .....	327
c) Motion Birrer-Heimo (11.3984).....	328
II. Vernehmlassungen und Botschaft.....	328
1. Vernehmlassungen .....	328
2. Botschaft.....	329
III. Kritik am Revisionsvorhaben.....	330
IV. Aktueller Stand .....	331
§ 47 Änderungen mit Auswirkungen auf die kartellrechtlichen Zwangsmassnahmen.....	332
I. Neuer Wortlaut von Art. 42 E-KG.....	332
II. Institutionenreform.....	332
III. Ausweitung der Durchsuchungskompetenzen .....	333
IV. Anpassung des Rechtsmittelweges .....	334
V. Auswirkungen der materiellen Gesetzesänderungen auf die kartellrechtlichen Zwangsmassnahmen .....	335
<b>Stichwortverzeichnis.....</b>	<b>337</b>